

## **Zusammenfassung und Kommentar**

der am 07.10.2005 im Kinosaal des Naturhistorischen Museums Wien abgehaltenen Diskussionsveranstaltung

### **BÜRGERBETEILIGUNG IN WIEN?**

#### **Legende:**

Dort, wo an Stelle von „BürgerInnen“ der (kürzere und im phonetischen Gebrauch weniger mißdeutbare) Begriff „Bürger“ gebraucht wird, sind damit selbstverständlich stets gleichermaßen Bürgerinnen und Bürger gemeint. Wenn in wörtlich wiedergegebenen Wortmeldungen einzelner Diskussionsteilnehmer von „Bürgerinnen“ (oder BürgerInnen) gesprochen wurde, wurde vom sogenannten Binnen-I, weil es als solches nicht hörbar ist, Abstand genommen und es den Leserinnen und Lesern überlassen zu entscheiden, ob im jeweiligen Fall Bürgerinnen und Bürger oder aber nur Bürgerinnen gemeint waren.

#### **Zur Veranstaltung:**

Die Veranstaltung wurde von der überparteilichen Plattform der (19) Wiener Bürgerinitiativen initiiert, nachdem verschiedentliche Versuche, eine ähnliche Diskussion im Rahmen der Agenda 21 oder anderer hierfür in Frage kommender Einrichtungen zu erwirken, ergebnislos verlaufen waren.

Ihre Bedeutung wurde durch die Übernahme des Ehrenschatzes seitens des Österreichischen UNESCO-Komitees unterstrichen.

Ihr Zustandekommen ist dem großzügigen Entgegenkommen des Generaldirektors des Naturhistorischen Museums Prof. Dr. Bernd Lötsch zu verdanken.

In einer für alle offenen Diskussion sollten folgende Themen erörtert werden:

- **Was ist plebiszitäre Demokratie?**
- **Warum und wozu Bürgerbeteiligung?**
- **Wann und wie kann Bürgerbeteiligung funktionieren?**
- **Was ist Agenda 21 wirklich?**
- **Bürgerbeteiligung oder Bürgerbeleidigung? Handhabung von Bürgerbeteiligung in und außerhalb der Agenda 21 in Wien**

Selbstverständlich wurden der Bürgermeister der Stadt Wien sowie der „zuständige“ Stadtrat, der auch Vorsitzender des Wiener Vereins „Agenda 21“ ist, sowie zwei ebenfalls Agenda 21-erfahrene Politiker zur aktiven Teilnahme an der Diskussion eingeladen. Die – lesenswerte - Reaktion des Stadtrats ist auf dieser web-site gesondert dokumentiert.

Die Teilnahme von Stadtpolitikern verschiedener Parteien war notwendig, um dem Vorwurf eines einseitigen, nicht kontroversiellen Diskussionsverlaufes zu begegnen und der Politik Gelegenheit zu geben, auf Kritik an der Art und Weise, wie die Stadt Wien mit Bürgerbeteiligung umgeht, zu reagieren.

Der von Stadtrat Schicker letztlich „delegierte“ Landtagsabgeordnete und Agenda-Vorstandsmitglied Siegi Lindenmayer (SPÖ), fand zwar die Abhaltung der Veranstaltung für gut, teilte jedoch Stadtrat Schickers Skepsis, dass kurz vor der Wahl Politikvertreter am Podium säßen; er hätte es für besser gefunden, wenn sie im Auditorium gesessen wären und zugehört hätten. In diesem Punkt war er übrigens einer Meinung mit Herbert Fux.

Damit wären allerdings die Politiker der Einbindung in die Diskussion entkommen,

und eben das galt es zu verhindern: dass sie sich als Zuhörer zurücklehnen, zuhören, wie sich die Bürger ihre Wut vom Leib reden, irgendwann vielleicht ein mit vagen Versprechungen garniertes, langatmiges Statement abgeben und der direkten Konfrontation mit berechtigter Kritik einmal mehr ausweichen können.

Die Besorgnis, kurz vor einer Wahl - deren Termin übrigens erst nach der Festsetzung des Diskussionstermines bekanntgegeben wurde - könnte zu viel Parteienwerbung an Stelle sachlicher Diskussion treten, schien anfänglich – besonders durch jene Seite, welche diese Besorgnis geäußert hatte - begründet („...die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich für die Fortführung eines qualitativ hochwertigen Bürgerinnenbeteiligungsmodells im Bezirk über das derzeit projektierte Ende der Agenda 21 hinaus aus ...und es haben zwei Parteien dagegen gestimmt, es hat die ÖVP dagegen gestimmt und es hat natürlich auch die FPÖ dagegen gestimmt“ – Siegi Lindenmayer). Sie wurde aber durch wiederholter Aufrufe, Parteipolitik aus der Diskussion herauszuhalten und durch das Bemühen, zur Sache zu diskutieren, weitgehend zerstreut.

Vereinzelte Kritik an der Diskussion(skultur) (Dr. Worel, Forstner, Prof. f. Soziologie an der TU Wien Jens Dangschat) bei welcher die Moderation trotz großer Mühe nicht immer den roten thematischen Faden in der Hand behalten konnte, war berechtigt. Der Versuch, aus dem üblichen Schema langweiliger Podiumsdiskussionen auszubrechen, zeigte auf, dass hier noch ein längerer Lernprozess notwendig sein wird.

Eine wörtliche Wiedergabe der Diskussion kann auf Nachfrage per e-mail übermittelt werden. Die nachfolgende Zusammenfassung ist ein Versuch, die wesentlichen Aussagen der verschiedenen Wortmeldungen den einzelnen Sachthemen zuzuordnen, sprachlich gestrafft und verdeutlicht, in eine logische Folge zu bringen und damit den Überblick über die Meinungen zu erleichtern. Zu jeder Themengruppe ist ein abschließender Kommentar verfasst.

## Was ist plebiszitäre Demokratie?

Demokratie ist nichts anderes als sich zu überlegen, was muss ich tun, um wiedergewählt zu werden oder an die Regierung zu kommen. Partizipative Demokratie, also Demokratie, bei der auch Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess eingebunden sind, ist dabei eine Frage der lokalen politischen Kultur, die als solche über einen langen Zeitraum entsteht. Wir bewegen uns momentan in der Herausforderung, normative Standards, die wir in Europa für gut und richtig halten, in eine neue Form zu bringen. Auch in Österreich muss sich Politik umgewöhnen und lernen, muss immer wieder reagieren auf die EU. Es wäre zu begrüßen, wenn die Stadt Wien, die sich ja in vieler Hinsicht auf Bundesebene innovativ, wärmer oder bürgernäher fühlt, die neuen Österreichstandards zur Öffentlichkeitsbeteiligung zur Kenntnis nähme und zum Bestandteil ihrer Politik machte. Man legt in Wien zwar Pläne aus, stellt Ideen vor, führt Anhörverfahren durch, aber sie haben in der Regel keine Wirkung. Schon gar nicht gibt es Partizipation im Sinne von Mitbeteiligung und Mitentscheidung. Zu fordern wäre

1. dass Offenheit und Verantwortlichkeit geregelt würden, dass Konsultation nach Mindeststandards und klaren Spielregeln - was dürfen wir entscheiden, was ist vorgegeben und was wird daraus? - effektiv sein muss;
2. dass alle, nicht nur die Parteien in einem Verfahren, informiert werden sollten,
3. dass die Frage der Veröffentlichung beantwortet wird,
4. dass die Fristensetzung für die Partizipation geregelt wird und
5. dass die feedbacks festgelegt werden.

(Dangschat)

Bürgerinitiativen sind dabei nur einer von vielen Akteuren (Lindenmayer).

In den 60er und 80er Jahren sind Bürgerrechte erkämpft worden. Wir brauchen den Zuruf von außen, damit wir uns in Österreich weiter entwickeln. (Schrefel).

### **Kommentar:**

*Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Dieser Begriff hat sich – wie auch der Begriff „Politik“ - in den Stadtstaaten (Polis) des antiken Griechenland entwickelt.*

*Grundgedanke war, dass Fragen eines städtischen Gemeinwesens im Wege einer freien Diskussion (damals auf dem Marktplatz, der Agorá) erörtert werden und, wenn ein Konsens nicht erzielbar war, im Wege einer Mehrheitsbildung entschieden werden sollten. Weil in größeren Städten nicht jedes Anliegen durch eine Bürgerabstimmung entschieden werden konnte, bildete sich die sogenannte „repräsentative Demokratie“ heraus, in der die Bevölkerung ihr Stimmrecht auf gewählte Mandatare übertrug. Es gehört zu den grundlegenden Missverständnissen, dass das politische Mandat einen auf Mandatszeit unwiderruflichen Übergang der bürgerlichen Entscheidungsrechte darstellt. Es ist vielmehr lediglich als praktikable Lösung für all jene Fälle gedacht, in denen der demokratiepolitische Wert des Themas den Aufwand von Volksabstimmungen nicht rechtfertigt. Keinesfalls kann dies auf jene Fragen zutreffen, in denen eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern eine von den gewählten Mandataren abweichende Auffassung signalisiert und damit für eine bestimmte Entscheidung das erteilte Mandat in Frage stellt.*

*Weil die verfassungsmäßigen Plebiszite des erwähnten Aufwands wegen nur wirklich umfassenden, entscheidenden Themen vorbehalten werden können, haben sich – vor allem für kommunale Themen - andere demokratiepolitische Instrumentarien entwickelt. Für jenes der Bürgerbeteiligung oder partizipativen Demokratie wurden internationale Standards wie die Agenda 21 entwickelt. Die Fortschrittlichkeit eines demokratischen Gemeinwesens hängt daher von dem Grad ab, in dem sie diese Standards einführt und weiterentwickelt, und von dem ehrlichen Willen, sie auch in der Praxis lückenlos und redlich zu handhaben.*

Warum und wozu Bürgerbeteiligung?

### **Politikmüdigkeit:**

Laut IFES-Studie aus 2003 ist das Interesse der Bevölkerung an Partizipation eminent groß (Hofmann).

Warum kommt dann die Lokale Agenda 21 so wenig bei der Bevölkerung an? Ist Bürgerbeteiligung wirklich ein geeignetes Mittel, um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken? (Karin Resetarits)

Wenn man die Agenda 21 als das Instrument der Bürgerbeteiligung ansieht, liegt das geringe Echo nicht daran, dass die Lokale Agenda 21 bloß als Feigenblatt gegenüber UNO/UNESCO missbraucht wird? (Hofmann)

Es liegt daran, dass die Agenda als Plattform für Quasibezirkspolitiker dient, die zwar nicht Bezirksräte oder Bezirksabgeordnete, aber tief in einer Partei verwurzelt sind. Die machen eben in der Agenda Politik. Das verdrießt jene, die in der Agenda ein unpolitisches Terrain vermuten. Ich werde das Gefühl nicht los, dass die Agenda die verlängerte Werkbank der allmächtigen Partei in Wien ist. Das schaut sehr nach Freunderlwirtschaft und Parteiensumpf aus. Wer dies durchschaut hat, kehrt der Agenda den Rücken (Günther Mathes).

Die Bevölkerung kann laut Bauordnung gegenüber der Gemeinde Wien zum Flächenwidmungsplan Stellung nehmen, bevor dieser vom Gemeinderat

beschlossen wird. Der aber orientiert sich hauptsächlich an der Stellungnahme der Bezirksvertretung, an welche die Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger gar nicht adressiert ist. Das heißt: die Stellungnahmen sind für den Müllkorb. Man bekommt dann die Nachricht, dass die Stellungnahme im Müllkorb gelandet ist. Die Folge: es macht sich die Einstellung breit, „man kann ja eh nichts machen“ und unterlässt die Stellungnahmen, was dann als mangelndes Interesse gedeutet wird (Landerer).

Die klassische repräsentative Demokratie hat ein Problem: es gehen immer weniger Leute wählen. Das Projekt Agenda 21 ist elitär. Es wird von den Bildungsbürgern getragen, die Masse der Bevölkerung aber ist zufrieden mit dem, was wir machen, siehe die Wahlergebnisse. Bei uns herrscht Josefinismus (Rüdiger Maresch, Agenda-Vorstandsmitglied, GRÜNE)

Es ist grotesk, wenn eine zu hohe Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger als Ursache für die Politikerverdrossenheit angegeben wird. (Letofsky über den Bundeskanzler).

Man sucht sich eine Gruppierung aus, wo die Leute ein wenig mitmachen können und ein wenig zufrieden sind. Viele von ihnen kümmern sich nicht um ihre Angelegenheiten und die ihrer Umgebung und unterstützen damit dieses System. Sie kommen aber, wenn sie wirklich ein Problem haben. Wenn ich aber ein Anrainerproblem habe und frage im Magistrat nach und man sagt: „wir haben keine Beschwerden“ – was machen Sie dann? (Gerd Franz Roth, BV-Stv. im 9. Bezirk, ÖVP)

### **„Lästiger Störfaktor“ Bürger:**

Der Bürger ist mündiger geworden. In der Maslovs'schen Bedürfnispyramide stehen die Politiker in der Regel oben, an der Spitze der Macht. Für sie geht es darum, Pfründe zu verteilen und zu schützen. Es könnte ja sein, dass bei massiver Bürgerbeteiligung Macht abgegeben werden müsste (Letofsky).

Wir haben überall die Erfahrung gemacht:, dass Bürgerinitiativen ausgeschlossen, ausgegrenzt, ja sogar diffamiert werden (Herr aus dem Auditorium).

Ich komme aus der Bürgerinitiative „Nordostumfahrung ja zu mehr Lebensqualität“. Ich habe bei Agenda-Veranstaltungen vom Moderator bewusst nur kurz das Wort erhalten und bin zudem dauernd unterbrochen worden (Günther Mathes).

Ich warte seit 5 Monaten auf die Beantwortung einer einfachen Frage durch Herrn Stadtrat Schicker. Im 2. Bezirk werden die Leute mit den Einkaufszentren nur überfahren, nicht informiert. Eine anstehende Umweltverträglichkeitsprüfung hat man geschickt abgewürgt (Hochmann).

Wir (Arsenal) haben versucht, Informationen einzuholen, man hat nichts erfahren. Ich wurde insgesamt von allen Beamten nur belogen, von allen Politikern nur belogen (Herr Grieshofer).

Die Informationen (Sechskrügelgasse) waren äußerst dürftig (Fantur).

### **Vorteile der Bürgerbeteiligung:**

Etliche Bürgerinitiativen haben Fehlentscheidungen politischer Entscheidungsträger erst korrigiert (Herr Hahn).

Die Parteien klagen über Mangel an Politikernachwuchs. Informelle Beteiligungsverfahren haben zu mehr Interesse an der Politik geführt. Manch initiativer Bürger ist in die Bezirkspolitik gegangen (Schrefel).

Es werden mehrere hochbezahlte Verkehrsstudien gemacht, eine passt den Politikern nicht, die wird ausgeschieden, dann werden die verbleibenden hergenommen, ihre Zahlen werden dem UVP-Verfahren zugrundegelegt. Wenn es

die Bürger nicht gegeben hätte, hätten wir heute Zwentendorf, und genau so gäbe es die Lobau nicht (Hahn).

### **Nachhaltigkeit:**

Gibt es eine Alternativstrecke für die Autobahn? (Resetarits)

Es gäbe schon eine Alternative, nämlich vor der Diskussion über die Strecke Alternativen zum Autoverkehr zu suchen (Herr Hahn).

In unserem Bezirk kann niemand zwischen Auto und öffentlichem Verkehr wählen, weil eine verfehlte Raumordnungspolitik die Menschen zwingt, mindestens zwei Autos zu haben, um die Bedürfnisse des täglichen Lebens zu befriedigen. Die Zersiedelungspolitik erfolgt gegen den Willen der Bürger und Bürgerinnen (Dr. Worel).

Das erotische Verhältnis vieler Menschen zu ihrem Auto muss ergänzt werden: jedem Bezirk seinen erotisierenden Büroturm (Hermann).

### **Kommentar:**

*Die wenigen in der Wiener Stadtverfassung verankerten Einrichtungen zur Bürgerbeteiligung scheitern in der Praxis an Hindernissen, welche auch noch so starke Bürgergruppierungen ohne Hilfe einer Parteienmehrheit nicht überwinden können. Selbst wenn die hohe Zahl an beglaubigten Unterschriften für ein Plebiszit beigebracht werden kann, wenn mit Hilfe einer Partei die nötigen Abgeordnetenstimmen für die Einberufung einer Bürgerversammlung zustande kommen, liegt die praktische Durchführung im freien Ermessen der regierenden Mehrheit, weil ausreichende Durchführungsbestimmungen fehlen. Dann werden Abstimmungslokale und -zeiten so gewählt, dass man sie nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand aufsuchen kann, wird die Einberufung von Bürgerversammlungen so lange hinausgezögert, bis sie ihren Sinn verloren haben. Was bleibt, ist der landesgesetzlich (noch) nicht verankerte Weg der sogenannten Bürgerbeteiligung. Dieser ist im Dokument Agenda 21 von Rio de Janeiro ausführlich vorgezeichnet. Die Stadt Wien ist der Charta von Aalborg, welche diesen Weg verbindlich vorgibt, 1996 beigetreten. Die Frage ist daher nicht (mehr), ob Bürgerbeteiligung stattfinden soll, sondern wie diese aussehen muss, damit sie der Agenda 21 gerecht wird. Politikmüdigkeit ist keine Ausrede, mit der Einführung eines wirksamen Bürgerbeteiligungsmodells säumig zu sein. Wenn man die Bürger wirksam ermuntert, ist ihr Interesse enorm. Die Diskussion hat gezeigt, dass nicht nur der Wille dazu fehlt, sondern dass echte Beteiligung auch gar nicht erwünscht ist. Die politische Macht will ihren Willen durchsetzen; wenn es sein muss, auch gegen jenen der Bevölkerungsmehrheit. Da geht es nicht um Argumente, sondern um Interessen, die nicht offen diskutiert werden dürfen. Bürgerbeteiligung aber bedeutet Transparenz, und die ist – mit gutem oder vielmehr schlechtem Grund - nicht gewollt. Der Abscheu der Bevölkerung vor den Politikern – nicht vor der Politik -, der sich in Wien in einer allmählich demokratiebedrohenden Wahlenthaltung niederschlägt, ist vor allem in jenem Mangel an Transparenz begründet, der sich in Intoleranz gegenüber Andersmeinenden niederschlägt und den Verdacht nicht ausschließt, dass der wahre Grund für das politische Handeln in einem Bereich angesiedelt ist, den wir Korruption nennen. Nicht von ungefähr hat die NGO Transparency – sicher nicht grundlos - unser Land, was Freiheit von Korruption betrifft, weltweit erst an 44. Stelle gereiht! Kluge und vorausschauende Politiker sollten jede Gelegenheit ergreifen, echte Bürgerbeteiligung zu fördern, anstatt ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Es ist unfassbar, dass ein politisch Verantwortlicher dieser Stadt die ihm dazu von den Bürgern zum Dialog darüber entgegengestreckte Hand mit fadenscheinigen*

*Ausreden ausschlägt, statt sich darüber zu freuen, dass die angeblich so politikmüden Bürgerinnen und Bürger von sich aus die Initiative ergreifen. Wie heißt es doch in der Agenda 21 (Kapitel 28.3): „Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen.“ Geben wir die Hoffnung nicht auf, dass sich auch unsere kommunale Obrigkeit als lernfähig erweist, bevor die Nichtwähler in dieser Stadt die absolute Mehrheit erringen.*

Wann und wie kann Bürgerbeteiligung funktionieren?

### **Wollen Bürgerinitiativen wirklich Alles oder Nichts?**

Als Politiker sehe ich meine Hauptaufgabe in einer Managementfunktion und im Interessensausgleich....Bürgerinitiativen aber wollen schwarz oder weiß, also 0 % oder 100 %, Garage ja oder Garage nein. (Lindenmayer)

Das Image, Bürgerinitiativen hätten kein positives Ziel und wollten nur etwas verhindern, ist eine künstlich aufgebaute Lüge. Die Zahl jener Projekte, die auf erbitterten Widerstand von Bürgerinitiativen stoßen, ist im Vergleich zu jenen, die widerspruchslos hingenommen werden, verschwindend gering (Hofmann).

Hainburg würde heute nicht mit dem Nichtkraftwerk enden, sondern mit zwei Kraftwerken, eines in Wolfsthal und eines in Engelhartstetten. Es würde eine UVP geben, so bald man sich auf die einlässt, kostet das ganz viel Geld, und dann kommt heraus, dass uns Herr Lückler bei der Autobahn sagt, die Autobahn ist ohnedies fix (Maresch).

Bürgerbeteiligung kann nur funktionieren, wenn statt Desinformation eine ehrliche Information und Achtung vor den Bürgern und Bürgerinnen tritt (Frau Haug).

### **Flächenwidmungen:**

Es kann nur derjenige Raum geben, dem auch Raum gegeben wird (Dangschat zum Verhältnis Bezirk : Gemeinde).

Flächenwidmungen haben im Bezirk eminente Bedeutung. Da gibt es keine Teilhabe und keine Information. Da wird von der Mehrheit entschieden. Wenn der Rotdruck heraußen ist, geht es bei der Politik nur noch um Gesichtsverlust. Da darf ich einen Brief schreiben und dann gibt's die Einheitsantwort (Maresch).

Die Bezirksebene befindet – der Bezirksvorsteher kann es umstoßen, der Gemeinderat beschließt – der Bürgermeister kann es umstoßen, Expertengutachten sind ebenso wenig bindend wie Ergebnisse von Agendagruppen. All dies ist auch eine Frage der politischen Kultur (Herr aus dem Auditorium).

Ich sehe das auch im Konnex mit einem neuen Planungsrecht und einem neuen Planungsverständnis. So sollten auch Grundabteilungen, durch welche Anrainern die Nachbareigenschaft entzogen werden kann, während des Widmungsverfahrens unmöglich sein (Gerd Franz Roth).

Es sollte vorher auf der Bezirksebene - beispielsweise im Rahmen der LA - eine Diskussion und auch Mitwirkung entstehen. Ich werde versuchen, in der Weiterentwicklung der LA 21 dieses Element mit einzubauen. Dazu braucht es natürlich mehr Geld, auch das ist mein Anliegen, dass es für die einzelnen Bezirksgruppen der LA 21 in Zukunft mehr Geld geben wird. (Lindenmayer).

Es gilt, neue Formen der Dezentralisierung zu finden, damit Themen wie Flächenwidmung in Agendaprozessen einen Platz haben werden. (Forstner)

Mit der Dezentralisierung ist es ein bisschen schwierig: was soll dezentralisiert werden?

(Maresch)

<Lösungsansatz: für ihrer Natur nach bezirksübergreifende Agenden einen zentralen Rahmen vorgeben (z.B. Verkehrskonzept, Bauordnung), die Ausfüllung dieses Rahmens dem Bezirk überlassen. Im Rahmen der Agenda 21: bezirksübergreifende Agendagruppen aufstellen (Hofmann).>

### **Zeitpunkt:**

Wenn ich ein Projekt durchziehen möchte und beziehe die Bevölkerung mit ein, heißt das, es ist dann in zwei drei Jahren nicht zu Ende, sondern vielleicht erst nach 10, 15 Jahren? (Resetarits)

Nicht, wenn früh = rechtzeitig begonnen wird, mit den Bürgern zu reden. Das erfordert aber auch politische Rückendeckung für die betreffenden Beamten und Beamtinnen, und das ist offenbar nicht bei jedem Projekt der Fall (Maresch).

Die Bürgerinnen und Bürger werden, wenn überhaupt, viel zu spät in die Problematik eingebunden. Ist diese Einbindung eine Bringschuld oder eine Holschuld der Kommune? (Hofmann)

Man sollte frühestmöglich und rechtzeitig in die Prozesse eingebunden werden und zu Wort kommen (Gerd Franz Roth).

Die Agenda kann bewirken, dass sie rechtzeitig über Projekte im Bezirk informiert (Forstner).

Im derzeitigen politischen Entscheidungsprozess wird der Bürger gar nicht oder erst dann informiert, wenn er zufällig auf ein Projekt draufkommt oder wenn es sich um eines mit Publikumswirkung handelt (Letofsky).

### **Finanzielle Mittel:**

Was nach wie vor fehlt: den Bürgern Zeit- und Geld-Resourcen zur Verfügung zu stellen, um sich zu beteiligen; bei UVP-Verfahren sprechen wir von 1%o der Projektsomme (Schrefel).

Wir brauchen in Wirklichkeit einfach Geld für eine unabhängige - und zwar muss das die Szene selber verwalten – Zivilgesellschaft (Maresch).

Bürgerinitiativen fressen Energie, fressen Familienfrieden und fressen auch - bei einem unserer Mitglieder - eine Firma auf (Letofsky).

Selbstverwaltung der Mittel bedeutet auch mehr Sparsamkeit (Dangschat).

Wenn womöglich Geld frei wird, würde ich eher sagen: nicht für die Agenda, sondern für die NGO's und die Bürgerinitiativen, die ja wesentlich unabhängiger sind (Dame aus dem Auditorium).

Ein eigener Bürgerinitiativenfonds oder NGO- oder Zivilgesellschaftsfonds ist deshalb wichtig, weil er zwar nicht Gerechtigkeit schafft, sie aber immerhin ermöglicht.

Teilzunehmen heißt auch, finanzielle Möglichkeiten dafür zu schaffen (Maresch).

Wo letztlich die Bürger über sich selbst entscheiden können, gibt es immer Städte, in denen sie auch über die Budgets entscheiden (Dangschat).

Geld macht mutiger – man kann dann auch Experten beiziehen (Maresch).

In der Diskussion kam heraus, dass es sicher gut ist, auch darüber nachzudenken, wie man Bürgerinitiativen für ihre Grundlagenarbeit Mittel zur Verfügung stellen kann (Gerd Franz Roth).

### **Medien:**

Wenn ich ein Medium suche, dann sagt man: leider nein, wir haben gerade Verlagsserien über Feinstaub. In allen Zeitungen gibt es Serien oder es gibt von Wien-Energie zwei Seiten Inserat: das ist die Lokalseite, wo die Bürgerinitiativen normalerweise nicht hineinkommen (Maresch).

Dabei ist die Medienkonzentration ärger als bei Berlusconi (Resetarits). Eine Ausnahme, die niemand mehr zu erhoffen wagte: der ORF hat sich unserer Sache angenommen; der Kulturbeirat hat zur Journalistin gesagt: „wir beglückwünschen Sie zu dieser Sendung, nach vielen Jahren ist es dem ORF gelungen, einmal Positives zu bewegen.“ (Grieshofer). Eine OTS-Meldung kostet 250 €, das kann sich keine BI in dem Ausmaß leisten wie da Latrineneinträge aus dem Rathaus kommen. Ich fordere freien Zugang für Bürgerinitiativen zum Presseinformationsdienst der Stadt Wien (Letofsky). Die Bürgerinitiativen sollten die neuen Medien nutzen, jeder Bezirk soll sich einen eigenen Sender machen können (Resetarits).

### **Kommentar:**

*Jedes Mal, wenn wir einer neuen Bürgerinitiative begegnen, begegnen wir Wut und Frust über die immer gleichen Erfahrungen, die im Umgang mit Politik und Verwaltung gemacht wurden. Dies lässt den zwingenden Schluss zu, dass Politik und Verwaltung in der Behandlung von Bürgern nach einer standardisierten Rezeptur vorgehen, dass ihre Reaktionen kalkuliert sind und darauf abzielen, dass sich Bürgerinitiativen „totlaufen“. Vordergründig signalisieren die Politiker Konsensbereitschaft, bieten im Extremfall sogar einen Dialog an, in Wahrheit lassen sie sich aber nicht in die Karten schauen, denn die sind ja bereits gemischt und lediglich ein wenig zur Seite geschoben. Die Verwaltung ist angehalten, keine wesentlichen Informationen zu geben, auf Zeit zu setzen und, wenn es so weit ist, zuzuschlagen. Dabei beruft man sich bei kommunalen Projekten auf den durch die Verhältnisse aufgezwungenen Entscheidungsnotstand (wobei die anstehenden Entscheidungsalternativen so eng wie möglich gewählt werden), bei Projekten Dritter auf deren „wohlerworbene“ Rechte, die man diesen zwischenzeitlich eiligst eingeräumt hat und in die man nun nicht eingreifen könne. Fazit: die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich – mit Recht – verschaukelt und um ihre Mitsprache betrogen. Hand in Hand damit erfolgt eine schamlose Uminstrumentalisierung internationaler Bürgerbeteiligungs- und Umweltschutzkonventionen. Außerdem gibt es - vor allem im Zusammenhang mit dem Baurecht - Landesgesetze, die nur zu dem Zweck geschaffen werden, durch gefinkelte formalrechtliche Auslegung ungerechtfertigte Vorteile zu ermöglichen. Der eigentliche Zweck des Gesetzes, ein moralisch gefordertes Verhalten auch zur rechtsverbindlichen Norm zu machen, ist dabei völlig abhanden gekommen.*

*Dies gilt vor allem für Flächen(um)widmungen, bei denen das „Packeleisystem“ (Herbert Fux) besonders ausgeprägt ist. Die (vorwiegend „gelenkten“) Medien halten sich – je nach (politischer) Interessenlage – meist bedeckt. Die geringen finanziellen Mittel, welche die Gemeinde Wien unter dem Titel „Bürgerbeteiligung“ flüssig macht, fließen ausschließlich in von der Kommunalverwaltung dominierte Aktivitäten. Eine Finanzierung von NGO's und Bürgerinitiativen, etwa im Wege eines eigenen Fonds, die eine sparsame, zweckorientierte, von der Politik unbeeinflusste und Bestechlichkeit ausschließende Mittelverwendung ermöglichen würde, konnte bisher mit den zuständigen Entscheidungsträgern nicht einmal erörtert werden. Es gilt das alte Wiener Sprichwort: „Wer zahlt, der schafft, und wer schafft, der zahlt“, wobei allerdings gerne vergessen wird, dass nicht die „Schaffenden“ die wirklichen Zahler sind, sondern die Bürgerinnen und Bürger, denen damit das von ihnen selbst gezahlte Geld vorenthalten wird.*

*(Nachsatz zum Vorschlag von Gerd Franz Roth, wonach Grundabteilungen während des Widmungsverfahrens ruhen sollten: wieso soll dadurch der Entzug der*

*Nachbareigenschaft verhindert werden können, wenn dieser Effekt sofort nach erfolgter Umwidmung – jedenfalls vor Einleitung eines Bauverfahrens – erzielt werden kann?)*

Was ist Agenda 21 wirklich?

### **Lokale Agenda 21:**

Wenn ein Modernisierungsprozess wie die LA 21 durch die Aalborg-Charta von außen kommt, dann verändert sich was. Dann meinen einige, sie könnten dieses Instrument nutzen, um etwas aufzubrechen. Genau das ist ja auch die Funktion von LA 21. Und nun ist in Wien etwas passiert, was es meines Wissens in keiner anderen Stadt gibt: die LA 21 wird gemanagt von einem Verein, der mehr oder weniger der Verwaltung entspricht. Anderswo machen das Bürgerinnen und Bürgern als Verein, legen entsprechend einer Zielsetzung Rechnung, es wird evaluiert. In Wien gibt es nicht wirklich eine Zielsetzung, es gibt einen Haushaltstitel, es gibt einen bestimmten Ablauf. Diese Anlage ist sehr ungewöhnlich. Die Vergaberichtlinien der LA 21 sind bürokratischer als bei einem EU-Projekt und verbergen sich hinter einer noch dazu extrem eng ausgelegten Rechtsordnung. Das ist der Stil der Verwaltung der Stadt Wien (Dangschat).

Die LA (lokale Agenda) 21 ist ein Instrument, um all die vielen Akteure, Vereine, Interessensvertretungen, Bürger, die Politik an einen Tisch zu bringen, die Kommunikation herzustellen und hier den Interessensausgleich zu suchen, wobei man natürlich ständig überprüfen muss, ob man auf dem richtigen Weg ist. (Lindenmayer).

In der Zwischenzeit gibt es 9 Agenda-Bezirke – der 4. Bezirk ist kurz vor dem Start, 39% der Wiener Bevölkerung können partizipieren. In Wien ist es tatsächlich, aber in positiver Sicht, anders: es ist überall in Verwaltungsbereichen angedockt, es ist nirgends so nah an den Bürgerinnen und Bürgern, denn es wird nicht durch den Verein lokale Agenda gesteuert, sondern es wird in den einzelnen Bezirken gesteuert. In den Bezirken gibt es Steuerungsteams, in denen durchaus auch Politiker sitzen, aber auch Bürgerinnen und Bürgervertreter, die jedes Jahr gewählt werden, und Vertreterinnen und Vertreter des Magistrats. Seit 2 Jahren läuft dieser Prozess. Er wird ständig analysiert und evaluiert (Lindenmayer).

Im Protokoll der Steuerungsgruppe sind 13 Personen angeführt, 8 davon sind politische Mandatare – soviel zu „auch Politiker“ (Herr aus dem Auditorium).

Die LA 21 zeigt keine Ergebnisoffenheit. Das war nicht die ursprüngliche Idee der Agenda: die war, alles auszudiskutieren und gemeinsam eine Lösung zu finden. Es war ursprünglich nicht daran gedacht, dass Firmen die Agenda managen, sondern dass gemeinnützige Vereine, Klubs, Pfarren und dergleichen dies besorgen (Maresch).

### **Lokale Agenda 21 und Bürgerinitiativen:**

Die Agenda ist keine Lobbyingaktion für Bürgerinitiativen (Binder-Zehetner) und wenn, dann ein Forum, das dazu dient, dass sich die – Bürger totlaufen (Mor), nicht empoweren, wie es heisst, sondern „entpoweren“ (Letofsky).

Man hat noch zu wenig überlegt, wie man mit dem Akteur Bürgerinitiative umgehen soll, da muss man sicherlich auch noch nachdenken. Aber es gibt viele andere Akteure: Vereine, NGO's, jene Bürger, die sich nicht artikulieren können oder wollen, leider hängt das vom sozialen Status ab, die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer, ich weiß nicht wie viele Interessensorganisationen, Aarhus - und alle diese Akteure in diesem gemeinsamen Handlungsfeld sollten miteinander

kommunizieren. Auch die Politik ist nur einer dieser Akteure, dort passiert dann die Willensbildung und schließlich muss jemand entscheiden. In der repräsentativen Demokratie ist das die Politik, aber ich muss bei der Entscheidungsbildung auch in diesem Gremium, in dem ich vorher gewesen bin oder in ganz Wien transparent machen. In diesem Bereich muss sicherlich etwas getan werden. Das braucht natürlich auch mehr Geld, weil Kommunikation und Diskussion auch Menschen braucht, die das professionell durchführen (Lindenmayer).

Es ist möglich gewesen, dass eine Agendagruppe eine Bürgerinnenbefragung vorbereitet zur Veränderung in der Servitengasse (Maresch).

Aber: das Ziel von Gemeinwesenprojekten und Agenda ist nicht, dass man zu einer Umfrage kommt, sondern dass man prozessorientiert fachlich sich zusammensetzt und einen Konsens erarbeitet, auf einen gemeinsamen Nenner kommt (Forstner).

Der Bezirksvorsteher (Wimmer) hat gesagt, das interessiert ihn nicht, da wird (Bacherparkgarage) gebaut. Es hat geheißen, in der Agenda darf nichts Negatives sein, da muss man positive Visionen entwickeln (Wessely).

Die Agenda wird nie ein Sammelbecken oder eine Plattform für Bürgerinitiativen sein, das sind ganz andere Zielrichtungen. Eine Bürgerinitiative ist klar gegen etwas, und eine Agendagruppe ist eine offene Gruppe, wo alle, die dafür oder dagegen sind, gern gesehen sind.(Maresch).

Wir versuchen in der Agenda die Projekte umzusetzen, bei denen Handlungs- und Gestaltungsspielraum gegeben ist, bei denen die Positionen von Seiten der Bürger oder auch von Seiten der Politik nicht festgefahren sind (Binde-Zehetner).

In der Agenda ist kein Platz für Kritik (Vollnhofer).

### **Soziale Zusammensetzung von Bürgerinitiativen:**

In Bürgerinitiativen fallen sehr häufig Minderheiten unter den Tisch. Bürgerinitiativen sind Instrumente für gut Gebildete, für Wirtschaft, die sich oft dahinter versteckt, aber die Armen, die sozial Benachteiligten, Minderheiten, Zuwanderer, gehen sehr häufig leer aus, und für die muss die Politik handeln (Dr. Worel).

Ich muss da der Dame 100% zustimmen. Besser Gebildete nehmen sich natürlich mehr Zeit als andere (Lindenmayer).

Es ist nicht richtig, wenn man die Bürgerinitiativen, die von gebildeten Bürgern getragen werden, ausspielt gegen die Armen, die von der Politik vertreten werden, weil sie sonst keine Stimme haben. Eine Bürgerinitiative gegen eine Garage unter einem Park nützt am allermeisten den vielen Zugewandertenkindern. Friedrich Adler war ein gebildeter Arzt und hat am meisten den damals armen, keine Stimme habenden Arbeitern genützt (Pelda).

Es geht um die Beteiligung derer, die Schwierigkeiten mit Zeit- oder Geldmangel haben, oder die eine ganz andere Kultur haben. Es gibt in Wien schon einen vernünftigen Ansatz, wo man solche Dinge ausprobiert, und zwar im Grätzelmanagement des 2. Bezirks im Rahmen des EU-Projektes CUE 2 (Dangschat).

Bei der Raumplanerausbildung auf der TU wird gefragt: 1. was sind deine Lebensgewohnheiten, 2. was stört dich und 3. wie kann man damit umgehen. Es haben sich auch Bürgergutachten bewährt (Dangschat).

### **Kommentar:**

*Der Stolz auf das, was sich Wien an Umsetzung von Agenda 21 geleistet hat, gleicht dem von Kleinkindern, die erstmals ins Topfi statt in die Windeln gemacht haben. Dass dabei 7 auf 9 Bezirke hochgemogelt werden und übersehen wird, dass eine Partizipationsmöglichkeit für 39% der Einwohner 9 Jahre nach Beitritt zur Charta von*

Aalborg kein Ruhmesblatt, sondern vielmehr eine Schande ist, spielt nur eine untergeordnete Rolle. Die massive Kritik aus vielen Bezirken zeigt, wie reformbedürftig das ist, was in Wien unwissenden Bürgerinnen und Bürgern fälschlich unter dem Namen Agenda 21 verkauft wird. In ihrer derzeitigen Verfassung ist die Wiener LA 21 nichts anderes als ein Instrument der politischen Machtträger, Bürgerinnen und Bürger, die mit der Kommunalpolitik zu Recht unzufrieden sind, wie in einer antiquierten Psychiatrie ruhig zu stellen. Die von keinem der Politiker widersprochene Aussage, die LA 21 sei „keine Lobbyingaktion für Bürgerinitiativen“ (Frau Binder-Zehetner – „ich bin die lokale Agenda“) spricht Bände. Sie übergeht geflissentlich die Kapitel 23, 27 und 28 des Rio-Dokumentes, in dem die Teilnahme von Bürgerinitiativen an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen ausdrücklich gefordert und begründet wird. Ob man diese Teilnahme als Lobbying bezeichnet, liegt an der Bedeutung, die man diesem Ausdruck beimisst. In seinem Ursprungsland hat dieser Begriff nicht den anrühigen Beigeschmack wie hierzulande. Dort ist Lobbying als ein Eintreten für eine Position, die man vertritt, selbstverständlich. Nicht anders ist es, wenn Bürgerinitiativen im Rahmen einer Agendagruppe ihr Anliegen vertreten. Selbstverständlich steht das gleiche Recht auch anderen Akteuren zu. Einen ganz wesentlichen hat Siegi Lindenmayer beim Namen genannt: die Politik, genauer gesagt die gewählten und beamteten Vertreter der Kommune. Das heißt aber: auch diese sind gleichberechtigte Gruppenpartner. Daher ist es nicht stimmig, wenn diese die LA 21 finanziell und durch Mehrheiten in den Steuerungsteams fest im Griff haben. Undemokratischer geht's wohl nicht mehr. Demaskierend ist auch die Aussage, in der Agenda (nur) Projekte umzusetzen, bei denen die Positionen von Seiten der Bürger oder auch von Seiten der Politik nicht festgefahren sind. Das heißt nämlich, dass man Projekte an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei so weit hat entwickeln lassen, dass ein Abrücken von Positionen entweder mit Gesichts- (und wer weiß noch was für einen) Verlust oder aber mit einem Verlust an urbaner Lebensqualität verbunden wäre. Andersherum: wo man (absichtlich?) versäumt hat, die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig einzubinden, dort hätte auch die Agenda keinen Sinn. Wenn sich noch dazu die Politik als Handlager für vorschnelles Handeln erwiesen hat, indem sie sich durch gefasste Beschlüsse oder erlassene Bescheide festgelegt hat, ist es mehr als zynisch, die Bevölkerung durch Entzug der Mitbestimmung (im Rahmen der Agenda 21) dafür zu strafen. Schließlich kann aus der - im übrigen alleine schon durch die Zusammensetzung der meisten Bürgerinitiativen widerlegten - Behauptung „In Bürgerinitiativen fallen sehr häufig Minderheiten unter den Tisch“ weder ein Vertretungsmonopol der Politiker für die Armen, noch eine Bevorzugung von Agendagruppen mit solchen Personen (und damit eine Diskriminierung der übrigen Bürgerinnen und Bürger) abgeleitet werden. Natürlich fungieren als Sprecher von Bürgerinitiativen nicht diejenigen, welche nur geringe (sprachliche) Fähigkeiten oder (zeitlichen) Möglichkeiten haben, sich zu artikulieren. Das Gleiche trifft auf die Führer der Arbeiterbewegungen vergangener Jahrhunderte zu. Wer Bürgerinitiativen besser kennt, weiß um die vielen einfachen Menschen wie auch Angehörigen von Minderheiten, denen die „intellektuelleren“ Sprecher ihr Anliegen viel zu wenig kämpferisch und energisch vertreten und die oft nur mit großer Mühe zu besonnenem Vorgehen motiviert werden können, ohne dass dies zu Frustration und Resignation führt. Angesichts der extrem niedrigen Wahlbeteiligung ist der Vertretungsanspruch der Politiker gegenüber allen, die sich nicht selbst artikulieren, ohnedies nicht gerechtfertigt. Das politische Mandat ist kein Freibrief zur totalen Bevormundung in allen kommunalen Entscheidungen. Wer das Recht hat, zu wählen (und gewählt zu werden), dem darf das Recht zur

*Sachentscheidung nicht abgesprochen werden, es sei denn, er verzichtet darauf (etwa durch Nichtteilnahme an einem Plebiszit).*

## Bürgerbeteiligung oder Bürgerbeleidigung? Handhabung von Bürgerbeteiligung in und außerhalb der Agenda 21 in Wien

### **Agenda 21 in Wien:**

Die LA 21 ist nur eines von mehreren Bürgerbeteiligungsmodellen der Stadt Wien. Es ist nicht so, dass in der Stadt gar kein Wille zur Beteiligung vorhanden wäre.

Bürgerinnen, die etwas verändern wollten, konnten sich mit Hilfe der Agenda und des Agendabüros artikulieren. Wir haben die Pläne gemacht, haben eine fachliche Unterstützung gehabt, wir bekommen sie zum Teil auch vom Magistrat oder durch externe Fachleute und die Politik. Da konnte man eben gut zusammenarbeiten. Es gibt sicher Beispiele, wo das schlecht oder auch nicht funktioniert... (Binder-Zehetner) Zwischenruf aus dem Publikum: ...aber nur dort wo keine massiven wirtschaftliche Interessen sind!

Warum wir uns dem Agendaprozess angeschlossen haben: wir haben Infrastruktur bekommen, wir haben Unterstützung bei Veranstaltungen bekommen, wir haben Kontakt zur Bezirkspolitik - kaum zur Landespolitik – bekommen. Was sich negativ auswirkte: es gab keinen offenen Prozess, wie er eigentlich in der Agenda wünschenswert wäre, nämlich als offener Prozess in den sogenannten moderierten Gesprächen. Wir hatten den Begriff Mediation abgelehnt, weil es kein offener Prozess war, kein offener Ausgang möglich war. Deshalb konnten wir mit diesen moderierten Gesprächen nicht mehr erreichen außer einige Kleinigkeiten, Worthülsen usw. (Forstner).

Wir haben eine Agenda-Veranstaltung gemacht, deren Bezeichnung „Wie schützen wir unsere Grünräume? Noch ist es nicht zu spät!“ dem Herrn Bezirksvorsteher (Wimmer) nicht gefallen hat. Daher musste die Einladung umgeschrieben werden, wir sind behindert worden. Im Vorfeld zu dieser Veranstaltung wollten wir im 5. Bezirk eine Agenda-Veranstaltung zum Thema Bürgerbeteiligung machen. Das ist das Agendathema schlechthin. Das Konzept dafür wurde für gut befunden. Dann aber hat es plötzlich Signale aus der Politik gegeben, dass das vor den Wahlen nicht erwünscht sei. Das liegt daran, dass die Politik die Agenda dominiert und keine Freiheit zulässt (Wessely).

Die Steuergruppe hat dieses Thema als nicht agendawürdig eingestuft. Daher hat man uns bei unserem dritten Zusammentreffen unserer Agendagruppe gesagt: „das ist nicht agendatauglich“ und uns mitgeteilt, wir sollten uns einen neuen Titel einfallen lassen. Ich habe gesagt, Feinstaub ist Feinstaub, da kann ich nicht Pollen dazu sagen. Im Protokoll der Steuergruppe liest sich das dann so: „Die Interessenten an dieser Gruppe konnten in einem entsprechenden Zielfindungstreffen im Juli keine konkreten Zielsetzungen, Maßnahmen entwickeln und das Thema in einer agendakonformen Herangehensweise aufzubereiten“ (Günther Mathes).

Es gehört ein objektives Verfahren her, welche Themen zur Agenda 21 zugelassen werden. Wenn ein Thema mehr als 100 Personen im Bezirk betrifft, dann gehört es eben zugelassen, egal ob es positiv oder negativ formuliert ist. Es hätte positiv formuliert werden können, wäre man schon früher in den Gesamtprozess eingebunden gewesen (Reitter).

Neu und spannend war bei der Sensengassengruppe, dass gegen alle politischen Parteien im Bezirk der Wunsch geäußert wurde, gegen etwas zu sein. Es war ein Kampf gegen eine Umwidmung, eine rechtlich sehr komplexe Situation, gegen ein bestimmtes, klar festgesetztes Verfahren im Rahmen der Bauordnung. Das Ziel, die

Verhinderung der Umwidmung oder eine Vergrößerung des angrenzenden Arne Carlsson-Parkes, wurde klar verfehlt. Der Zeitaufwand steht, im nachhinein überlegt, nicht im Verhältnis zu dem erzielten Erfolg. Warum so wenig Erfolg? Es liegt nicht nur daran, dass die BIG als sehr mächtiger Bauträger hinter dem Projekt stand, sondern es liegt daran, dass Dezentralisierung in Wien zum Teil nur auf dem Papier stattgefunden hat. Es gilt daher auch, neue Formen der Dezentralisierung zu finden, wobei ich mir denke, dass dann auch Themen wie die Flächenwidmung in Agendaprozessen einen Platz haben werden (Forstner).

Es wäre wünschenswert, dass man dem Bürger den Glauben und die Hoffnung, aber auch die Realität und die Macht gibt, dass es möglich ist, seine Ziele umzusetzen, dass man auch dann etwas machen kann, wenn es sich nicht nur um Spielplatzgestaltungen und Thurnstiegen handelt, sondern auch wenn es um große Baukubaturen und um wirklich schwerwiegende wirtschaftliche Interessen einzelner Lobbies geht (Landerer).

Wenn 2300 Bürgerinnen und Bürger sagen, sie wollen die Volksgarage nicht, sie brauchen sie nicht, wieso kann der Bezirksvorsteher sagen, er lässt keine Befragung zu? (Wessely).

### **Kommentar:**

*Die in Wien gehandhabte Praxis, Bürgerinnen oder Bürger vor die Alternative Bürgerinitiative oder Agendagruppe zu stellen, weil letztere „keine Lobbyingaktion für Bürgerinitiativen“ (Binder-Zehetner) sei, beruht auf der völlig unhaltbaren Behauptung, „Bürgerinitiativen wollten schwarz oder weiß, 100% oder 0%. Das ist entweder ein unredlicher Gedanke oder aber eine redliche Gedankenlosigkeit. So wie Schwangerschaft nicht Gegenstand eines Kompromisses sein kann – schwanger sein oder nicht, dazwischen ist kein Spielraum –, gibt es auch in der Kommunalpolitik Dinge, die sich dem Kompromiss entziehen. Das hindert aber nicht, dass man zuerst im Dialog die Argumente beider Seiten leidenschaftslos prüft und die besseren der Entscheidung zugrunde legt, sollte eine solche unausweichlich sein. Noch unsinniger wird die Behauptung aber, wenn ein Projektentwickler sein Projekt deshalb als kompromissuntauglich bezeichnet, weil „es sich sonst nicht rechnen“ (z. B. Wien-Mitte, Komet-Gründe). Hier ist es nicht die Bürgerinitiative, sondern der Projektentwickler selbst, der mit solchen Behauptungen die schwarz-weiß-Situation heraufbeschwört. Es ist infam, den schwarzen Peter der damit verbundenen, von Beginn an vorhandenen Kompromissunwilligkeit den sich zur Wehr setzenden Bürgerinitiativen zuschieben zu wollen. Vor allem dann, wenn man die mit Hilfe der Stadt Wien geschaffenen „vollendeten Tatsachen“ wegen ihrer Kompromissuntauglichkeit einer Diskussion im Rahmen der LA 21 entzieht. Hier lässt man die Bevölkerung ganz gezielt im Kreis laufen...*

*Wie könnte man es besser machen, wie sollte sich die Kommune in solchen Fällen, in denen ein Kompromiss nicht möglich ist, verhalten? Sie sollte den Projektentwickler dazu verhalten, seine Kalkulation samt allen dafür angewendeten Parametern offen zu legen, die dagegen auftretende Bürgerinitiative auffordern, mit Hilfe eines Sachverständigen und unter Zugrundelegung derselben Parameter ein Gegenprojekt zu entwickeln, das ihren Anforderungen entspricht und das sich ebenfalls rechnet. Gelingt dies, wird die Kommune einer Verwirklichung nur in dieser Fassung zustimmen, gelingt dies nicht, dann erst wird sie zu entscheiden haben, ob die Ausführung des ursprünglichen Projekts oder der Verzicht auf dieses für das Gemeinwesen besser ist.*

*Der Bürgerinitiative die Chance, es besser zu machen, von vorneherein gar nicht zuzugestehen, lässt die verantwortlichen Vertreter der Kommune in jedem Fall in*

*einem schiefen Licht erscheinen. Alleine schon die Vorgangsweise ist nämlich nicht geeignet, jeglichen Begünstigungs- und damit automatisch auch Korruptionsverdacht auszuräumen. Überall, wo logische Erklärungen nicht gegeben werden und Zuflucht zu (meist rein formalen) Argumenten gesucht wird, die bei näherem Hinsehen wie Seifenblasen zerplatzen – „Schandfleck beseitigen“ als Argument für einen Monsterbau wie Wien-Mitte ist ein solches – kann Korruption nicht ausgeschlossen werden. Das allein sollte für eine Politik und Verwaltung, welche den Anschein von Ehrlichkeit und Redlichkeit für sich beansprucht, Grund genug sein, sich solchem Verdacht gar nicht erst auszusetzen und ein für alle transparentes Verfahren mit offenem Ausgang durchzuführen.*

*Frage: wo kämen wir da hin? (Antwort: vom 44. Platz in der Rangfolge der am wenigsten korrupten Länder auf einen der vordersten Plätze, sagen wir unter die ersten 3 oder 4.)*

Helmut Hofmann

[^zurück](#)